

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleich-
stellung
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 18.01.2017
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hof- statt, 35037 Marburg

Anwesend waren vom Ausschuss:

Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Herr Winfried Kissel - CDU
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Frau Gabriele Mensing - BfM
Herr Stephan Muth - CDU
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Frau Karin Schaffner - CDU

ab 17.10 Uhr

Vertretung für:
Frau Runhild
Piper

Herr Ulrich Severin - SPD
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
Frau Marianne Wölk - SPD

Vertretung für:
Frau Bettina
Böttcher

Frau Bettina Böttcher - SPD
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Michael Selinka - FDP/MBL
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

- entschuldigt -
- entschuldigt -
- entschuldigt -
- entschuldigt -

Anwesend waren

vom Magistrat: Oberbürgermeister Herr Dr. Spies
Bürgermeister Herr Dr. Kahle

von der Verwaltung: Frau Meier, Herr Meyer

vom Behindertenbeirat: Frau Mayer

von der Presse: Herr Conrad

als Gäste: Frau Siebler, Herr Kling-Böhm, Herr Urban, Herr Modry

Protokoll:

Der Vorsitzende Herr Böhm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07. Dez. 2016

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung vom 07. Dezember 2016 wird in der vorgelegten Form genehmigt.

Der Vorsitzende Herr Böhm weist noch auf die Einladung zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung mit dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Jugendhilfeausschuss am 31.01.2017 in der Zeit von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr hin.

TOP 2 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Vormundschaft persönlich Vorlage: VO/5136/2016

Der Vorsitzende Herr Böhm erläutert den Protokollauszug des Jugendhilfeausschusses zur Niederschrift vom 14. Dezember 2016. Anschließend wird über den Fraktionsantrag im Ausschuss diskutiert. Herr Severin von der Fraktion der SPD schlägt im weiteren Verlauf der Diskussion vor, den Fraktionsantrag von SPD und BfM zurückzustellen, bis eine bessere Datengrundlage zur Beurteilung vorhanden ist. Bürgermeister Herr Dr. Kahle informiert ergänzend, dass weitere Daten frühestens im Monat März 2017 vorliegen werden.

Der Fraktionsantrag wird sodann einstimmig bis zur Sitzung im Monat März 2017 zurückgestellt.

TOP 3 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Einrichtung einer Marburger Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte

Vorlage: VO/5171/2016

Der Vorsitzende Herr Böhm erläutert zunächst den Protokollauszug des Jugendhilfeausschusses zur Niederschrift vom 14. Dezember 2016. Von den antragstellenden Fraktionen der SPD und BfM meldet sich Herr Severin zu Wort und begründet die Notwendigkeit einer schnellen Umsetzung. Zudem wird von Herrn Severin vorgetragen, dass die antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM Punkt 1 des Fraktionsantrages streichen.

Anschließend wird der Fraktionsantrag und auch der Vorschlag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM ausführlich im Ausschuss diskutiert. Alle Fraktionen melden sich zu Wort. Frau Dr. Perabo von der Fraktion B 90/Die Grünen weist auf die Notwendigkeit einer Konzeption hin. Der Vorsitzende Herr Böhm fragt zudem nach, ob der Antrag im Kinder- und Jugendparlament behandelt worden ist. Dies ist bisher jedoch nicht der Fall. Herr Dr. Uchtmann von der Fraktion der FDP/MBL fragt nach, ob es bei dem breiten Angebot für Jugendliche tatsächlich einen Bedarf für eine Ombudsstelle gibt.

Im weiteren Verlauf stellt Herr Dr. Uchtmann von der Fraktion FDP/MBL einen Geschäftsordnungsantrag mit dem Ziel, den Fraktionsantrag in einen Prüfantrag umzuwandeln.

Der Geschäftsordnungsantrag wird sodann mehrheitlich bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die verbleibenden Punkte des Fraktionsantrages (Punkt 2 bis Punkt 5) einzeln abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die einzelnen Punkte des Fraktionsantrages abstimmen.

Punkt 2 des Fraktionsantrages wird bei Enthaltung der Fraktionen B 90/Die Grünen und FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

Punkt 3 des Fraktionsantrages wird bei Enthaltung der Fraktionen B 90/Die Grünen und FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

Punkt 4 des Fraktionsantrages wird bei Enthaltung der Fraktionen B 90/Die Grünen und FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

Punkt 5 des Fraktionsantrages wird gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der Fraktionen B 90/Die Grünen und FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

TOP 4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige

Vorlage: VO/5313/2017

Die antragstellende Fraktion der CDU beantragt, den Fraktionsantrag zunächst an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung zu verweisen.

Der Vorsitzende Herr Böhm stellt fest, dass der Fraktionsantrag einvernehmlich an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung verwiesen wird.

TOP 5 1. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Marburg

Vorlage: VO/5252/2016

Der 1. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Marburg wird von Frau Meier (Verwaltung) ausführlich erläutert. Anschließend wird die Beschlussvorlage ausführlich im Ausschuss diskutiert. Fragen werden von Oberbürgermeister Herr Dr. Spies und Frau Meier beantwortet. Die Ausschussmitglieder begrüßen den Aktionsplan, der 63 Handlungsansätze beinhaltet. Zudem spricht er auch Bereiche an, die bisher nicht im Fokus standen und jetzt einem Prozess ausgesetzt und weiterentwickelt werden.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt am Ende der Diskussion über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 6 Verschiedenes

Frau Dr. Perabo von der Fraktion B 90/Die Grünen sorgt sich um die Situation der Wohnungslosen im Winter, insbesondere die Menschen, die auf Grund unterschiedlichster persönlicher Situationen im Freien übernachten und in den derzeit kalten Nächten gesundheitlich besonders gefährdet sind. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung gefragt, über welche Vorkehrungen die Universitätsstadt Marburg verfügt. Für den Magistrat nimmt Oberbürgermeister Herr Dr. Spies Stellung und erläutert das städtische Angebot an Wohnungen für Obdachlose sowie die Übernachtungsmöglichkeiten im städtischen Übernachtungsheim. Die aktuellen Zahlen belegen, dass die Nachfrage nicht besonders

groß ist und noch genügend freie Kapazitäten zur Verfügung stehen. Im Bedarfsfalle soll man sich nicht scheuen, die Polizei oder das Rettungswesen zu verständigen, die sich dann der Betroffenen annehmen können und auch die städtische Infrastruktur kennen. Herr Engler (Verwaltung) ergänzt, dass die Mitarbeiter/innen im Fachdienst Soziale Leistungen und im Übernachtungsheim sehr sensibel mit der derzeitigen Situation umgehen und auch längere Übernachtungszeiten ermöglichen. Herr Kling-Böhm (Diakonisches Werk Oberhessen), als Betreiber der Tagesanlaufstelle in der Gisselberger Straße, ergänzt die Ausführungen und die Möglichkeiten, die für Obdachlose auch tagsüber zur Verfügung stehen. So können sich die Betroffenen in der Tagesanlaufstelle aufhalten und erhalten dort auch eine warme Mahlzeit. Zudem gibt es Fachkräfte, die für Beratung zur Verfügung stehen. Gleichwohl wird von Herrn Kling-Böhm aber auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen hingewiesen. Letztlich können die Betroffenen nicht gegen ihren Willen untergebracht werden. Hier besteht eine hohe rechtliche Hürde, die es auch zu akzeptieren gilt.

Marburg, 20. Januar 2017

Vorsitzender:

**Roland Böhm
Stadtverordneter**

Protokoll:

**Wolfgang Engler
Geschäftsstelle**